

Mitteilungen für Mitglieder

09. Dezember 2013

WR-Intern-Interview mit Generalsekretär Wolfgang Steiger: „Unser Wirtschaftsrat – zum 50. Geburtstag stark wie nie“

Der Wirtschaftsrat wird heute 50 Jahre alt. Wie sehen Sie den Verband nach einem herausfordernden Jubiläums- und Wahljahr 2013 aufgestellt?

Steiger: Der Wirtschaftsrat ist die starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa. Der Verband ist hierfür heute so stark aufgestellt wie nie zuvor. Mit mehr als 2.200 Veranstaltungen sind wir in Europa, dem Bund und den Ländern doppelt so präsent wie noch vor wenigen Jahren. Rund 3.500 aktive Unternehmer bringen ihren wirtschaftlichen Sachverstand in über 100 Fachgremien in Bund und Land ein. Über 40 Prozent unserer rund 12.000 Mitglieder sind heute Firmenmitglieder. Der Wirtschaftsrat ist heute mit seinen 14 Landesverbänden einschließlich Brüssel und rund 150 Sektionen auf kommunaler Ebene sowie der Sektion in New York flächendeckend vertreten. Wir können sozusagen alles, außer bayerisch, wo wir mit dem dortigen Wirtschaftsbeirat in einem engen partnerschaftlichen Dialog stehen.

Der Wirtschaftsrat finanziert sich maßgeblich durch Mitgliedsbeiträge. Wie steht der Verband heute da?

Steiger: Der Wirtschaftsrat steht heute finanziell und wirtschaftlich besser da als je zuvor in seiner 50-jährigen Geschichte. Wir verfügen über wachsende Mitgliedsbeiträge und erzielen fortlau-

fende Haushaltsüberschüsse, wobei wir sogar Rekordgewinne verzeichnen konnten. Sparsames Haushalten und Wachstum passen eben zueinander. Auch bei uns im Wirtschaftsrat. Wir freuen uns aber natürlich auch, dass



unsere Mitglieder unsere Veranstaltungsformate immer stärker als Werbemöglichkeit schätzen. Dass kein Mitglied oder Sponsor mit mehr als 0,3 Prozent an unserem Beitrags- und Sponsoring-Aufkommen beteiligt ist, zeigt, dass unser Verband von vielen Schultern getragen wird. Er ist breit aufgestellt und vor allem branchenübergreifend und größenunabhängig.

Was unternimmt der Wirtschaftsrat, um sich für die wachsenden Herausforderungen fit zu machen?

Steiger: Der Wirtschaftsrat unterliegt einem ständigen Veränderungsprozess hin zu einem Verband, der seine

Mitgliederbetreuung, sein Dienstleistungsangebot und seine Kommunikationsfähigkeit den stets wachsenden Anforderungen anpasst. Das ist ein großer Kraftakt, aber heute ist der Wirtschaftsrat dafür der FC Bayern der politischen

Verbände in Deutschland und Europa. Das sollte uns alle stolz machen. Der Dank hierfür gehört zuerst den vielen Unternehmern, die sich bundesweit aktiv in unseren Vorständen und Gremien im Ehrenamt engagieren. Wenn unser Hauptamt aber zu einem großen Teil nicht ebenfalls ehrenamtlich tätig wäre, würden viele Aktivitäten nicht möglich sein. Ich nenne noch mal die gigantische Zahl von alleine 2.200 Veranstaltungen in diesem Jahr.

Trotz eines vergleichsweise schmalen Personaletats, der nur rund die Hälfte des Gesamtbudgets des Verbandes ausmacht, leisten unsere knapp 90 hauptamtlichen Mitarbeiter in der Bundes- und den Landesgeschäftsstellen hervorragende Arbeit. Dies ist nur durch höchste Motivation und mit viel Herzblut für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft möglich.

Was macht der Wirtschaftsrat für die junge Generation, die heute vor gewaltigen Herausforderungen steht?

Steiger: Der Wirtschaftsrat ist ein Steigbügelhalter für den Aufstand der jungen Generation, der sich aktuell

insbesondere gegen die ungerechten Rentenvorschläge der Koalitionsvereinbarungen richtet. Dass inzwischen auch junge Abgeordnete aus den verschiedensten Parlamenten hier aktiv geworden sind, freut uns natürlich sehr. Die wachsende Bedeutung des Jungen Wirtschaftsrates innerhalb des Verbandes zeigt sich auch dadurch, dass dieser heute über 600 Mitglieder verfügt und in den Medien deutlich stärker präsent ist als je zuvor. Der gerade zurückliegende Junge Wirtschaftstag hat gezeigt, dass wir hier motivierte und talentierte junge Unternehmenslenker in unseren Reihen haben, die der Politik ihre Anliegen kraftvoll vorbringen.

Wie gibt der Wirtschaftsrat jungen Unternehmern eine Plattform?

Steiger: Der Wirtschaftsrat hat mit seinem jüngsten Symposium „Old meets New Economy“ den Nerv der Zeit getroffen. Im Rahmen der gemeinsam mit dem Bundesverband Deutsche Startups ausgerichteten Veranstaltung kamen über 200 Unternehmer der etablierten und 120 Vertreter der Start-up Szene zum Wissensaustausch und Netzwerken in der Hauptstadt zusammen. Diskutiert wurden die Herausforderungen, vor denen die Digitale Wirtschaft, einer



der wichtigsten Zukunftsmotoren unseres Landes, steht. Das große Interesse zeigt, dass junge Unternehmer nicht unpolitisch sind. Und es macht deutlich, dass der Wirtschaftsrat eine Plattform ist, die den Sachverstand von Jung und Alt bündelt. Wer glaubt, dass der Wirtschaftsrat ein „nobler Altherrenclub“ ist, der kennt uns noch nicht.

Was zählte für Sie zu den Höhepunkten im Veranstaltungsprogramm des Jubiläumsjahres?

Steiger: Natürlich der Wirtschaftstag 2013. Mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB als Hauptrednerin vor 2.700 Teilnehmern sowie Entscheidern aus der Politik und Wirtschaft aus dem In- und Ausland wie EZB-Präsident Mario Draghi, EU-Energiekommissar Günther Oettinger, den Bundesministern Peter Altmaier MdB und Prof. Dr. Johanna Wanka war dieser Tag sicherlich ein eindrucksvoller Höhepunkt des Jubiläumsjahres. Ganz besonders freut mich, dass wir auch mit unseren sehr erfolgreichen regionalen Wirtschaftstagen in Düsseldorf, Bremerhaven oder Kassel, eine unglaublich positive Resonanz erfahren. Der große

Zuspruch für das jährliche „Kompetenzzentrum Deutschland“ in Berlin mit über 1.000 Teilnehmern zeigt, dass sich gerade ein 50 Jahre alter Verband erfolgreich mit dem Thema Innovation beschäftigen kann. Entscheidend dafür ist, nicht „stehen zu bleiben“ sondern „immer am Puls der Zeit“ zu bleiben. Garant hierfür sind unsere zwölf Bundesfachkommissionen sowie die vielen weiteren Arbeitsgruppen, in denen herausragende Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft aktuelle politische Herausforderungen beraten und sich damit hochkompetent an der Entscheidungsfindung direkt beteiligen.

Wie wirkt sich die wachsende Distanz von Wirtschaft und Politik auf den Wirtschaftsrat aus?

Steiger: Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die vor allem durch Staats-



versagen ausgelöst wurde, ist es zu massiven Verstößen gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gekommen. Vor allem die mittelständischen Unternehmer und die produzierende Industrie, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass Deutschland schneller und stärker als alle anderen europäischen Länder aus der Krise gekommen ist, spüren zu wenig Rückhalt der Politik. Stattdessen werden sie mit immer mehr Staatswirtschaft und Regulierung überzogen. Konkret wirkt sich dies dadurch aus, dass wir merken, dass es viel schwerer geworden ist, neue Mitglieder für den Wirtschaftsrat zu gewinnen. Der Wirtschaftsrat führt die Mitgliedergewinnung heute eigenständig mit Unterstützung der Mitglieder durch. Der Erfolg dieses Weges zeigt sich deutlich darin, dass der Wirtschaftsrat eine Organisation ist, bei der „CDU“ im Namen vorkommt, die nicht spürbar unter Mitgliederverlusten leidet und die Mitgliederbindung sich offensichtlich nachhaltig positiv bei uns einstellt.

Welche Erfolge konnte der Wirtschaftsrat für die nächste Legislatur erreichen?

Steiger: Es gibt im Koalitionsvertrag Licht und Schatten. Ein Lichtblick ist die Beibehaltung des Grundsatzes „Hilfen nur gegen Reformen“ in der EU-Ret-

tungspolitik. Die Abwehr einer europäischen Gemeinschaftshaftung über Eurobonds ist von so zentraler Bedeutung, dass sich alle Scheinwerfer darauf richten müssten. Wie wichtig uns das Thema Europa im Wirtschaftsrat ist, zeigt dabei auch der Ausbau unserer Landesgeschäftsstelle Brüssel. Heute sind wir im Haus der Europäischen Wirtschaft mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin vertreten. Dass der Kurs der Haushaltskonsolidierung in Deutschland fortgesetzt werden wird, ist ein weiterer wichtiger Erfolg. Genauso, dass die von der SPD geplanten massiven Steuererhöhungen verhindert werden konnten. Bei beiden Themen hat der Wirtschaftsrat immer wieder massiv interveniert.

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen für die kommenden Jahre?

Steiger: Auf der Schattenseite des Koalitionsvertrages steht die Rente mit 63, die man nur als Anschlag auf die Generationengerechtigkeit bezeichnen kann. Aber auch die „Lebensleistungsrente“ und die „Mütterrente“ legen die Lunte an unsere umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme und schlagen voll auf die junge Generation durch. Die Verriegelung des Arbeitsmarktes wirft ebenfalls einen großen Schatten: Ein einheitlicher, regional nicht differenzierter Mindestlohn mit einer von der Politik festgelegten Starthöhe von 8,50 Euro ist Gift für die Beschäftigung und schädigt den Aufbau Ost. Dort sind 36 Prozent der Jobs durch einen solchen Mindestlohn akut gefährdet. Richtig dunkel wird es beim Management der Energiewende. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bleibt ohne dringend

erforderliche Strukturreform auch in dieser Legislatur eine Dauerbaustelle (lesen Sie weitere Details zur WR-Bewertung des Koalitionsvertrages unten).

Wieso sollten sich Unternehmen langfristig im Wirtschaftsrat engagieren?

Steiger: Trotz der Defizite im aktuellen Koalitionsvertrag hat der Wirtschaftsrat über die Jahre wichtige Erfolge für die Unternehmen in Deutschland erreicht. Einer der größten Meilensteine unserer Arbeit ist die Einführung der Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild. Mit bundesweit über 400 Veranstaltungen hat der Wirtschaftsrat einen wichtigen Beitrag zu ihrer Verankerung im Grundgesetz und mehreren Landesverfassungen geleistet. Mit unserem interaktiven Monitor-Schuldenbremse auf der WR-Website wachen wir darüber, ob Bund und Länder ihre Haushaltszusagen über die Jahre einhalten. Über den Fiskalvertrag wurde die Schuldenbremse zwischenzeitlich auch für die EURO-Länder eingeführt. In unserem Jubiläumsband über die 50-jährige Geschichte des Verbands können Sie diesen und viele weitere politische Erfolge nachlesen. Der spannende Band mit Interviews vieler Zeitzeugen ist in diesen Tagen allen Mitgliedern zugeschickt worden. Ich denke, dass wir mit diesem Geschenk an unsere Mitglieder, dem Jubiläumsband und den bereits im Sommer vorgelegten Wissenschaftsband, diese hohe sechsstelligen Summe gut angelegt haben. Auf der einen Seite ein kraftvoller Rückblick und mit dem wissenschaftlichen Band „Deutschland im Jahr 2035“ ein einzigartiger Ausblick der nationalen Forschungselite auf die nächsten rund zwanzig Jahre, das ist

der Wirtschaftsart 2013 – dankbar Rückwärts und mutig Vorwärts.

Jubiläumsbände des Wirtschaftsrates

Der Wirtschaftsrat hat in seinem Jubiläumsjahr zwei Publikationen veröffentlicht:

Band I



Band II



Einigung von Union und SPD mit Licht und Schatten – Große Koalition muss für große Projekte stehen!

Die Fortsetzung der Reformagenda zur Stärkung von Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen muss auch in der neuen Legislaturperiode oberste Priorität haben. Eine Große Koalition muss für große Projekte stehen, beispielsweise die Bewältigung der Energiewende oder die zukunftsfeste Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Gemessen an diesem Anspruch enthält der

Koalitionsvertrag Licht und Schatten. Während sich der Wirtschaftsrat in wichtigen Punkten durchgesetzt hat, gefährden andere, maßgeblich von der SPD vorangetriebene Vorhaben Wirtschaftskraft, Jobchancen und sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Zehn Jahre erfolgreiche Reformpolitik

Die Bundesrepublik steht heute besser da als andere EU-Staaten, weil die

Regierungen der vergangenen zehn Jahre die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ins Zentrum ihrer Politik gerückt haben. So wurden unter Kanzler Schröder die Agenda 2010 und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vorangetrieben. Hartz-Reformen und Öffnung des Niedriglohnssektors, ggf. mit einer staatlichen Lohnaufstockung, haben sich als Erfolgsrezept erwiesen:

Gegen den europäischen Trend ging die Arbeitslosigkeit von fünf auf drei Millionen zurück. Gleichzeitig setzte Kanzlerin Merkel gemeinsam mit dem damaligen Bundessozialminister Müntefering die Rente ab 67 durch und baute das strukturelle Staatsdefizit ab. Diese Weichenstellungen und die Europapolitik der Kanzlerin hat der Wirtschaftsrat nachdrücklich unterstützt. Mit Sorge sehen wir nun, dass der Koalitionsvertrag trotz der eindrucksvollen Erfolgsbilanz der vergangenen Jahre gerade in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Rolle rückwärts vorsieht. Daher können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Stattdessen sind wir zu einem kritischen Umgang mit den Zielen der Großen Koalition aufgefordert: Bei den positiven Vorschlägen, gerade in der Europa-, Haushalts- und Steuerpolitik, werden wir auf die Umsetzung dringen. Bei den wirtschafts- und beschäftigungsschädlichen Passagen des Koalitionsvertrages hingegen sind alle Hebel in Bewegung zu setzen, dass sie Absichtserklärungen bleiben, statt Gesetz zu werden.

Im Einzelnen fällt die Bilanz der verschiedenen Politikbereiche höchst

unterschiedlich aus. Der Wirtschaftsrat begrüßt grundsätzlich:

EU-Rettungspolitik: Weiterhin „Hilfen nur gegen Reformen“

Die strikte Konditionalität als Kernelement der EU-Rettungspolitik wird beibehalten: Finanzhilfen sollen auch künftig verbindlich an die Umsetzung von Reformprogrammen geknüpft werden. Die Bundesregierung steht vor der Herausforderung, ihre Autorität bei der Einforderung von Strukturreformen auch zu erhalten, falls sie im eigenen Land in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den entgegengesetzten Weg beschreitet. Immerhin konnte die Union gegen den Willen der SPD eine europäische Gemeinschaftshaftung über Eurobonds, einen Schuldentilgungsfonds oder ein europäisches Einlagensicherungssystem abwehren.

Haushaltskonsolidierung wird fortgesetzt

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2015 wurde im Koalitionsvertrag verankert. Binnen zehn Jahren soll die Schuldenstandsquote von 81 auf unter 60 Prozent zurückgeführt werden. Deutschland würde dann erstmals seit der Jahrtausendwende dieses

Maastricht-Kriterium wieder einhalten. Ungünstiger als für die offen ausgewiesene Staatsverschuldung sieht die Prognose für die verdeckten Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand aus: Die Große Koalition möchte neue Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme generieren, die sich beispielsweise allein für die „Mütterrente“ auf 130 Milliarden Euro bis 2030 belaufen.

Steuererhöhungen verhindert

Die von SPD und Grünen geforderten massiven Steuermehrbelastungen von 30 bis 40 Milliarden Euro jährlich konnten abgewehrt werden, die Vermögensteuer wird nicht wieder eingeführt. Auch die von den Sozialdemokraten zuletzt verfolgten Steuererhöhungspläne durch die Hintertür wurden ausgebremst, etwa die Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer oder die Absenkung der Zinsschranke in der Unternehmensbesteuerung.

Dagegen wurde die Abschaffung der kalten Progression leider nicht im Koalitionsvertrag verankert. Damit bleibt der Staat Hauptgewinnler von Inflation und Gehaltserhöhungen. Auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer hatten sich Union und SPD bereits in der vergangenen Legislatur geeinigt. Der Wirtschaftsrat warnt vor den negativen Konsequenzen, beispielsweise auf die private Altersvorsorge. Entscheidend ist die Bedingung, dass die Bundesrepublik nur international abgestimmt eine solche Steuer einführt, auch, um schweren Schaden vom Finanzplatz Deutschland abzuwehren.

Zum Schwur kommt es 2015: Die Wirtschaftsweisen prognostizieren, dass die Steuereinnahmen dann nicht mehr ausreichen werden, um einerseits die Wahlversprechen zu finanzieren und andererseits die Schuldenbremse einzuhalten. Der Wirtschaftsrat setzt darauf, dass die Union auch dann ihren Kurs „keine Steuererhöhungen“ durchhält und stattdessen Ausgaben kürzt.

*Den Mitgliedern, Freunden und Ratgebern
des Wirtschaftsrates
sowie ihren Angehörigen wünschen wir ein
frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein
glückliches, gesundes und beruflich wie persönlich
erfolgreiches neues Jahr.*

*Wir danken für Ihre besondere Unterstützung im 50.
Gründungsjahr des Wirtschaftsrates und freuen uns, die
gemeinsame politische Arbeit auch 2014 mit Erfolg fort-
führen zu können.*

*Präsidium, Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführung und
Mitarbeiter des Wirtschaftsrates der CDU e.V.*

Verkehrsinfrastruktur auf solideres Fundament gestellt

Die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sollen in der neuen Legislatur um insgesamt fünf Milliarden Euro ausgeweitet werden. Zudem streben die Koalitionäre mehr Flexibilität durch eine überjährige Finanzierung und die Priorität des Erhalts gegenüber dem Neubau von Verkehrsinfrastruktur an. Durch zusätzliche Ausgaben sollen auch Bildung und Forschung einen Schub erhalten.

Bei aller Freude über die genannten positiven Aspekte des Koalitionsvertrages: In der Energiepolitik, noch mehr aber in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, hat leider die SPD wesentliche ihrer wirtschafts- und beschäftigungsschädlichen Punkte durchsetzen können.

Energiewende bleibt Dauerbaustelle

Eine durchgreifende Strukturreform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) hätte das große Projekt einer großen Koalition werden können. Diese Chance wurde mit der Vereinbarung von Union und SPD leider noch nicht ergriffen. Ohne mehr Marktverantwortung für die erneuerbaren Energien werden die Energiekosten weiter kräftig steigen. Auch ist die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung als zentrales Vorhaben zur Stärkung der Energieeffizienz weggefallen.

Zumindest wird versucht, einer extremen Kostenexplosion entgegenzuwirken, indem gesetzliche Obergrenzen beim Ausbau Erneuerbarer eingezogen werden sollen. Auch sind die Bekenntnisse zur stärkeren europäischen Ausrichtung der Energiepolitik sowie zum Industriestandort grundsätzlich positiv zu bewerten.

Arbeitsmarkt teilweise verriegelt

Die Abkehr der SPD von der Agendapolitik wird gerade auf dem Arbeitsmarkt verheerende Folgen haben – es sei denn, die Union kann gerade beim Mindestlohn in der konkreten Umsetzung noch entscheidende Differenzierungen erreichen. Eine bundeseinheitliche Lohnuntergren-

ze mit einer von der Politik festgelegten Starthöhe von 8,50 Euro zum 1.1.2015 würde gerade die Schwächsten der Gesellschaft und den Osten besonders hart treffen.

Immerhin sollen Mindestlöhne aus den Wahlkämpfen herausgehalten werden, denn ab dem 1.1.2016 entscheidet über die Lohnuntergrenzen eine Tarifkommission aus je drei Arbeitgebervertretern und Gewerkschaftern sowie ggf. zwei Wissenschaftlern. Der Wirtschaftsrat kämpft dafür, dass dann auch Abstufungen nach Region, Branche, Alter und Ausbildungsstand möglich sind.

Die im Koalitionsvertrag angelegte Beschränkung der Zeitarbeit erschwert gerade Geringqualifizierten den Einstieg in den Aufstieg am Arbeitsmarkt. Mit einer maximalen Entleihdauer von noch 18 Monaten und der Verpflichtung zu Equal Pay mit der Stammebelegschaft erst nach neun Monaten hat die Union jedoch das Schlimmste verhindert. Auch sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen bleiben weiter möglich.

Bei den Werkverträgen wurde ein

Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte abgewendet. Stattdessen soll zurecht die Missbrauchsaufsicht gestärkt werden, um der Ausbeutung vieler Schein-Werkearbeiter einen Riegel vorzuschieben. Zu den Erfolgen der Union zählt weiterhin, dass es keine Deckelung der Vorstandsgehälter geben wird. Dagegen konnte die SPD eine starre Frauenquote von 30 Prozent für Aufsichtsratsposten durchsetzen.

Deutschland zählt laut Global Competitiveness Report des World Economic Forum bereits heute zu den Staaten mit dem am stärksten regulierten Arbeitsmarkt. Die Union steht in der Verantwortung, eine weitere Verriegelung zu verhindern. Sonst könnten nach aktuellen Berechnungen des Bundesfinanzministeriums 1,8 Millionen Menschen ihren Job verlieren.

Demographiefestigkeit der Sozialsysteme ausgehöhlt

Gerade die von der SPD eingebrachten Vorschläge zur Rente mit 63 sind ein völlig falsches Signal und verstoßen gegen die Generationengerechtigkeit. Aufgrund der demographischen Entwicklung muss die Lebens-

Auszüge aus dem Presseecho des Wirtschaftsrates

„Die Stimme der Wirtschaft ist in der CDU nicht mehr so populär“
Wirtschaftswoche vom 09.12.2013

„CDU-Rebellen wettern gegen Große Koalition“
Bild-Zeitung vom 09.12.2013

„Wir haben eine massive Investitionslücke“
Die Welt vom 07.12.2013

„Große Koalition kostet Wachstum“
Handelsblatt vom 26.11.2013

„Scharfe Kritik an den Plänen und Rot-Schwarz“
Rheinische Post vom 26.11.2013

„Alarmstimmung bei CDU-Mittelstand“
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24.11.2013

arbeitszeit nicht verkürzt, sondern verlängert werden. Nur so lassen sich ein auskömmlicher Lebensabend für die Älteren und akzeptable Rentenbeitragszahlungen für die Jüngeren miteinander verbinden.

Neben dem vorzeitigen Ruhestand für langjährig Versicherte schaffen auch „Leistungsrente“ für Geringverdiener und „Mütterrente“ für Eltern vor 1992 geborener Kinder langfristige zusätzliche Verpflichtungen, die sich auf jährlich 13,5 Milliarden Euro belaufen. Auch Bundesfinanzminister Schäuble sieht die Finanzierung aus den gegenwärtig bestehenden Rücklagen maximal für diese Legislatur gesichert. Mittelfristig dagegen sind steigende Rentenbeitragsätze unvermeidlich.



Statt die nicht zukunftsfesten umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme zu entlasten, marschiert die Große Koalition also auf Kosten künftiger Generationen genau in die entgegengesetzte Richtung. Auch, um Deutschlands Glaubwürdigkeit als europäischer Reformmotor zu erhalten, müssen CDU und CSU die

Umsetzung eines derart teuren Rentenpakets verhindern!

Koalitionsvertrag ist kein Gesetz!

Der Koalitionsvertrag ist kein Gesetz. Gerade der wundersame Wandel der rot-grünen Bundesregierung vom linken Koalitionsvertrag 1998 zu den Agenda-Reformen

ab 2003 zeigt, welcher großer Spielraum auch nach einer Vereinbarung von Regierungsparteien immer noch besteht. In der konkreten Umsetzung wird sich erweisen, ob Kanzlerin Merkel Wort hält: „Deutschland soll in vier Jahren besser dastehen als heute.“ Daran werden wir sie messen.

Europasymposium des Wirtschaftsrates Brüssel

Europas Rolle in der globalen Wirtschaftsordnung

„Wir benötigen eine Geld- und Währungspolitik, die die Geldwertstabilität wieder ins Zentrum rückt“, sagte Dr. Asgar Tietmeyer, langjähriger Vorsitzender des Wirtschaftsrates Brüssel. Investitionen werden nur dorthin fließen, wo stabile Rahmenbedingungen und Schutz vor übermäßiger Inflation gewahrt bleiben. Anders ausgedrückt: Nur ein stabiler Euro garantiert eine solide Grundlage für das Sparen, Investitionen und wirtschaftliches Wachstum.

„Die Schuldenkrise stellt die EU vor die härteste Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen“, so Dr. Rainer Gerding, Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e.V. Bei allen positiven Signalen der letzten Monate – die Krise ist noch nicht bewältigt. Wenn wir künftig weiter Einfluss auf globale Weichenstellungen nehmen wollen, dann brauchen wir ein starkes, geeintes Europa. Und ein Europa, das auf Wettbewerbsfähigkeit setzt. Dazu dringend notwendig ist mehr Mut, die Dinge kritisch zu hinterfragen und auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.



Olli Rehn, Vizepräsident der EU-Kommission, Kommissar für Wirtschaft, Währung und den Euro, erinnerte daran, dass der erste Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Klaus Scheufelen, bereits im Januar 1968 die ‚Leitsätze‘ zur Europapolitik präsentiert hat. „Sie beinhalteten die Grundsätze für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Europäischen Zentralbank und der Koordination von Wirtschafts- und Fiskalpolitik – basierend auf einem dauerhaft angelegten Rat, der sich aus Finanzministern, Vertretern der Zentralbank und der Kommission zusammensetzt. Ferner hat sich der Wirtschaftsrat stets für einen Binnenmarkt und die Harmonisierung der Bankregulierungen

eingesetzt. Das sind genau die Themen, die heute diskutiert werden. Der Wirtschaftsrat war also bereits 1968 sehr visionär.“

Panel I – Globale Währungsblöcke: Der Euro als Belastung oder als Wettbewerbsvorteil?

Der Euro ist für Deutschland und andere EU-Staaten in der Währungsunion ein Wettbewerbsvorteil, betont Klaus Regling, Managing Director, Europäischer Stabilitätsmechanismus. Bis zum Start der Währungsunion führten Krisen oft zu Turbulenzen unter den europäischen Währungen. Diese zogen eine Aufwertung der D-Mark nach sich und bremsten das Wachstum der exportorientierten deutschen Wirtschaft. Vieles spricht dafür, dass die Krise der letzten fünf Jahre ohne den Schutz der gemeinsamen Währung ökonomische und möglicherweise politische Verwerfungen provoziert hätte.

Trotz der Krise hat sich der Euro zum zweiten Pfeiler des internationalen Währungssystems entwickelt, sagt Dr. An-



dreas Dombret, Mitglied des Vorstands, Deutsche Bundesbank. Die Probleme im Euroraum haben jedoch das Ansehen unserer gemeinsamen Währung etwas geschwächt. Wichtig für eine starke internationale Rolle des Euro ist eine gesunde Verfassung der Volkswirtschaften. Unsere Bankengruppe steht heute in 22 Ländern 22 nationalen Regulierern gegenüber. Eine einheitliche europäische Aufsicht ist deshalb sehr wichtig, betonte Lutz Diederichs, Mitglied des Vorstands, HypoVereinsbank – UniCredit Bank AG. Auf der anderen Seite darf man nicht glauben, eine Bankenunion wäre das Allheilmittel zur Lösung aller Finanzmarktprobleme.

Dr. Lutz Raettig, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Morgan Stanley Bank AG: „Bei allem Druck zu Veränderungen müssen wir uns Zeit nehmen innezuhalten – und schauen, ob alle angestoßenen Reformen kompatibel sind. Wir müssen immer wieder überprüfen, was zusammenpasst und was Priorität hat.“

„Der Euro nutzt Europa und er wird auf Dauer Bestand haben.“ Das sagte Dr. Werner Langen MdEP, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Global betrachtet gebe es viel größere

Interessen an der Stabilisierung des Euro als die Europäer glauben.

Panel II – Anforderungen an eine zukunftsfähige europäische Industriepolitik

„Für eine wettbewerbsfähige europäische Industrie wird eine effiziente Energiepolitik immer wichtiger“, unterstrich Auke Lont, CEO, Statnett SF. Im Lichte dieser Erkenntnis habe die EU-Kommission das Thema Energie zu einer ihrer sechs Top-Prioritäten im Bereich der Industriepolitik ernannt.

Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI), machte darauf aufmerksam, dass Europa – mit wenigen Ausnahmen – eine Dekade der Deindustrialisierung hinter sich habe. „In den letzten 15 Jahren gab es in Europa nur drei Länder, die den Anteil ihrer industriellen Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesteigert haben“, berichtete Kerber. Dies betreffe neben Deutschland nur Polen und die Niederlande.

Henryk Wulf, Vorsitzender des Vorstands, ALSTOM Deutschland AG erklärte: „Aus unserer Sicht kann Europa künftig nur eine führende Rolle in der Welt übernehmen, wenn wesentliche wirtschafts- und industriepolitische Projekte als echte europäische Projekte angesehen werden.“

„Wenn man sich vergegenwärtigt, dass 80 Prozent der europäischen Ausfuhren aus der Industrie kommen, dann liegt es auf der Hand, warum die Industrie für Europa so bedeutsam ist,“ sagte Didier Herbert, Direktor für Wettbewerbsfähig-

keit der Unternehmen, Industrie- und Wachstumspolitik, Generaldirektion Unternehmen und Industrie, Europäische Kommission.

Dr. Angelika Niebler MdEP, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie betonte, Bayern sei international einer der führenden Investitionsstandorte. Von Bayern könne man lernen, dass das Land massiv in seine Hochschulen investiert habe.

„Wenn wir „Industrie 4.0“ ernsthaft betreiben wollen, müssen wir uns öffnen. Öffnen heißt, dass wir firmenübergreifende Standards und Normierungen schaffen,“ sagte Prof. Dr. Dieter Wegener, Head of Advanced Technologies, Sector Industry, Siemens AG.

In seiner Abendrede bemängelte Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energie, dass Europa zunehmend Kreativität, Innovationskraft und Schnelligkeit abhanden komme. Immer mehr Wertschöpfung fließe aus der EU ab. Arbeitsplätze in den Bereichen Entwicklung und Produktion entstünden andernorts. Die derzeitigen Wachstumsraten reichten nicht aus, um Beschäftigung zu schaffen und die Sozialsysteme zu finanzieren. Daher würde eine kluge europäische Industriestrategie benötigt.

„Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist die größte Herausforderung, um dauerhaft auf einen Wachstumspfad zurückzukehren“, schloss Christof-Sebastian Klitz, neuer Vorsitzender des Wirtschaftsrates Brüssel die Veranstaltung. Hierzu sei eine Steigerung der industriellen Wertschöpfung in der EU unerlässlich.

Neuwahl des Vorstandes Landesverband Brüssel am 2.12.2013

Vorsitzender:

Christof-Sebastian Klitz,
Leiter der EU-Konzernrepräsentanz,
Volkswagen AG

Stellvertretende Vorsitzende:

Manfred Kurz,
Leiter der Repräsentanzen Berlin und
Brüssel, Würth-Gruppe

Anne Plöger,
Senior Advisor, Allianz SE Vertretung
Brüssel

Weitere Mitglieder im Vorstand:

Oliver Deiters,
Geschäftsführer Vertretung EU, DEKRA
SE

Joachim Hoenig,
Leiter Repräsentanz Brüssel, Deutsche
Telekom AG

Dr. Johannes Lambertz
Mitglied des Aufsichtsrates,
SAG Gruppe Langen,
Mitglied im Präsidium des Wirt-
schaftsrates der CDU e. V.

Werner J. Lübberink

Leiter EU-Konzernrepräsentanz, Deut-
sche Bahn AG

Heinz Maurus,
Staatssekretär a.D., Public Affairs,
REMONDIS Assets & Services GmbH &
Co. KG

Nina Schindler,
Leiterin European Affairs, Commerz-
bank AG

Bernd K. Wagner,
Leiter Büro Brüssel, Metro Group

Bundessymposium Old Meets New Economy – Kooperationen fördern, Wachstum generieren

„Die Verbindung der klassischen Industrie mit jungen Startups ist der Schlüssel für eine Vorreiterrolle Deutschlands bei der Digitalisierung“, so Dorothee Belz, Vorsitzende der Bundesfachkommission Internet und Digitale Wirtschaft des Wirtschaftsrats in ihrer Eröffnungsrede auf dem Symposium „Old Meets New Economy“ am 19. November 2013 in Berlin.

Der Wirtschaftsrat hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Verbindung zu stärken und Kooperationen voranzutreiben. Gemeinsam mit dem Bundesverband Deutsche Startups e.V. kamen über 300 Unternehmer zusammen, sowohl Gründer und Geschäftsführer von jungen Startups, als auch Vertreter der etablierten Industrie.

Der rege Zuspruch und die schnell ausgebuchten Besichtigungstermine bei Startups vor Ort zeigen, dass der Wirtschaftsrat mit diesem Format einen Nerv getroffen hat. Bereits am Vormittag hatten die Mitglieder



des Wirtschaftsrates die Möglichkeit, sich an drei Standorten über die Arbeit von Startups zu informieren. Während bei der TU Gründungswerkstatt vorwiegend Ausgründungen der Universität im Fokus standen, waren es beim Axel Springer Plug & Play Accelerator und dem YouIsNow Accelerator der Scout24-Gruppe

Startups, die aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählt wurden und vor allem im Lifestyle und E-Commerce Bereich aktiv sind.

Direkt im Anschluss an die Vor-Ort-Termine begann das Hauptprogramm. Nach der Eröffnung durch Dorothee Belz diskutierten

auf dem ersten Podium Dr. Reinhold Achatz und Dr. Stefan Rinck als Vertreter der etablierten Wirtschaft, sowie Alexander Marten und Dr. Jonas Danzeisen als Gründer mit Albert Rupprecht MdB, dem Bildungs- und Forschungspolitischen

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die gemeinsame Forschung und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Selbstverständlich hatten die Unternehmer auch einige Wünsche an die Politik, die tatkräftig aufgenommen wurden.

Das zweite Podium mit Anne Ruth Herkes, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Florian Langenscheidt, Jens Redmer, Martin Becker und Philipp

Siefer hatte die Wachstumspotenziale, die durch erfolgreiche Kooperationen entstehen, zum Ziel. Da auch hier Ver-



treter der etablierten Wirtschaft auf junge Startup-Unternehmer trafen, war für eine spannende Diskussion gesorgt.

Dazwischen konnten sich die Teilnehmer auf zwei Workshops über Finanzierung und Investitionen in Startups und konkrete Firmenkooperationen sowie deren Anbahnung informieren. Besonders die Teilnahme von Steffen Kiedel von dem Berliner Startup 6Wunderkinder rief Interesse hervor, hatten 6Wunderkinder doch gerade eine Finanzierung über 20 Millionen von Sequoia Capital verkündet – derselbe Financier, der einst auch in Steve Jobs und Apple investierte.

Nicht das einzige erfolgreiche Startup aus Berlin, wie auch die Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin, Cornelia Yzer, nicht ohne Stolz in ihrem Grußwort vermeldete: „In Berlin werden mehr Unternehmen gegründet, als in jedem anderen Bundesland. Viele Ausgründungen kommen aus den Universitäten und wir haben hier einen Rahmen gesetzt, der es den Gründern erleichtert, schnell ins Unternehmerleben einzutauchen.“

In den Pausen gab es neben viel Zeit für Gespräche und Netzwerken einige interessante Unternehmen zu sehen, die ihre Produkte ausstellten. So zum Beispiel einen Handscanner als Schließsystem, eine Foto-Sonde zur Partikelmessung oder ein vollautomatisches Media-Monitoring-System. Dabei wurden zum Teil schon sehr konkrete Gespräche geführt – ob daraus tatsächliche Kooperationen werden, wird sich zeigen.



Die gute Atmosphäre lag nicht zuletzt an der passgenauen Location: ein großes Auditorium mit Bühne, Platz für Aussteller und ein Café mit Lounge-Charakter für ungestörte Gespräche. Die neue Dependence von Microsoft in Berlin war der ideale Ort, um dem Ziel, Wachstum durch Kooperationen zu generieren, ein Stück näher zu kommen.

Junger Wirtschaftstag 2013 in Frankfurt am Main, 25. bis 27. Oktober 2013 Wandel und Trend – Die neue Welt der Jungen Generation

Mit Weitblick Zukunftspläne für Deutschland schmieden – dies war das Ziel des Jungen Wirtschaftstages 2013 in Frankfurt am Main im 49. Stock des Commerzbank Towers in der Frankfurter Bankencity. Passend dazu fanden drei Podiumsdiskussionen zu den Themen Arbeits- und Finanzwelt von morgen sowie den Erwartungen von Unternehmen nach den Wahlen an die Politik statt.

Vorab hatten Jan Metzler, neugewählter Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundesvorstandes des Jungen Wirtschaftsrates, und Prof. Hans Helmut Schetter, Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU e.V. sowie Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, die Teilnehmer beim abendlichen Get-together auf die Tagung eingestimmt. „Ich möchte Euch allen sagen, dass ich mich mit Euch aufs Engste verbunden fühle und mich auf weiterhin gute Zusammenarbeit und einen regen Austausch an Ideen freue“, sagte Metzler. Schetter forderte: „Die Junge Generation muss wach und fit bleiben. Zeigen Sie weiterhin gesellschaftspolitisches Engagement durch Ihr Ehrenamt.“

„Freundschaft, Stärke, Verantwortung“

Zum Auftakt der Tagung skizzierte der Bundesvorsitzende des Jungen Wirt-

schaftsrates, Nils-Oliver Freimuth, die Entwicklung des Verbandes in den vergangenen Jahren: „Wir werden wahrgenommen, stellen uns gesellschaftspolitischer Verantwortung und artikulieren mit unserer Stärke und den Freundschaften, die über die Jahre zwischen uns entstanden sind, Forderungen in den Deutschen Bundestag hinein.“ Einen starken Kommunikationswillen attestierte auch Thomas Lang, Landesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates Hessen, den Teilnehmern und gab zu: „Ihr seid ein anspruchsvolles Publikum.“ Der Ehrenvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Paul Jörg Feldhoff, nahm die Junge Generation als Verantwortungsträger der Zukunft in die Pflicht: „Wir müssen unseren Teil zum sozialen Frieden in Deutschland beitragen, und dazu brauchen wir einen offenen, konstruktiven Dialog.“



Sabine Lautenschläger, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, forderte in ihrem Vortrag über Ursachen und Folgen der europäischen

Staatsschuldenkrise mehr Verantwortungsbewusstsein in der Finanzwelt: „Wer den Nutzen hat, muss auch ggf. den Schaden tragen. Entscheidungsfreiheit und Entscheidungshaftung sind zwei Seiten derselben Medaille.“

Podium I „Die Finanzwelt von morgen – Verantwortung übernehmen“

Diesem Urteil schlossen sich auch die Teilnehmer des anschließenden



Podiums an. In der Diskussion „Die Finanzwelt von morgen – Verantwortung übernehmen“ debattierten Folker Hellmeyer, Chef-Analyst der Bremer Landesbank, Dr. Stefan Mai, Executive Director und Group Strategy Head of Market Policy & European Public Affairs der Deutschen Börse AG, Prof. Dr. Luise Hölscher, Vizepräsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Markus Ferber MdEP, Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments, und Pawel Rychlinski, General Manager Deutschland MasterCard unter der Moderation von Dr. Lutz Raettig, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Morgan Stanley Bank AG. Auch sie beklagten verlorenes Vertrauen in die Finanzwelt und plädierten für eine Diskussion über Ethik, Transparenz, Mündigkeit sowie einen verantwortungsbewussten Umgang mit Mitteln und Möglichkeiten.

Podium II „Die Arbeitswelt von morgen – Zukunft gestalten“

Auf dem Podium „Die Arbeitswelt von morgen – Zukunft gestalten“ setzten



sich unter der Moderation von Stefan Frech die Diskutanten Raimund Becker, Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, Prof. Andreas Kiefer, Geschäftsführer der ADP Employer Service GmbH, Nadine Schön MdB, Prof. Dr. Jutta Rump, Geschäftsführende Leiterin des Institut für Beschäftigung und Employability IBE, Rudolf Kast, Vorstandsvorsitzender von Das Demographie Netzwerk e.V. (ddn) und Dr. Herbert Schneidemann, Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Beamten Lebensversicherung a.G., mit den Herausforderungen an Arbeitgeber im 21. Jahr-

hundert auseinander. Nach Meinung der Experten fehlt es den Lohn- und Arbeitszeitmodellen in Deutschland an Flexibilität und Durchlässigkeit. Karriereprofile, Arbeitsprozesse, Berufsbilder und der Lebensalltag der Beschäftigten hätten sich radikal verändert. Dem werde nicht ausreichend Rechnung getragen.

Podium III „Nach den Wahlen 2013 – das erwarten Unternehmen von der Politik“

In der abschließenden Podiumsrunde „Nach den Wahlen 2013 – das erwarten Unternehmen von der Politik“ diskutierten Juan Miro, Stellv. Zentrumsleiter ESA/ESOC, Olaf Reus, Mitglied der Geschäftsführung der Huawei Technologies Deutschland GmbH, Leo Dautzenberg, Leiter Public Affairs der Evonik Industries AG, Julia Esterer, Geschäftsführende Gesellschafterin der Dr.-Ing. Ulrich Esterer GmbH & Co. KG, Dr. Stefan John, Mitglied des Vorstandes der Dyckerhoff AG, und Dr. Jonas Danzeisen, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der Venios GmbH, aus Unternehmenssicht über die größten Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode. Unter der Moderation von Dr. Alexander Bode, Mitglied des Landesvorstandes Hessen des Jungen Wirtschaftsrates, setzten die Podiumsteilnehmer vier Themen

ganz oben auf die Agenda der neuen Bundesregierung: Konsequente Haushaltskonsolidierung, konsistente Eu-



ropapolitik, Reform des EEG-Gesetzes und Investitionspakete für Aus- und Weiterbildung in Deutschland.

„Starke Wirtschaftsstimme in den Koalitionsverhandlungen“

Die anstehende politische Neuordnung in Deutschland fest im Blick hatte auch die stellv. Bundesvorsitzende der CDU, Julia Klöckner MdL: „Natürlich basiert ein Koalitionsvertrag auf



Kompromissen, aber wir brauchen auch eine starke Stimme für die Soziale Marktwirtschaft in den Verhandlungen.“

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, rief den Teilnehmern zu: „Ich hoffe, Sie bleiben auch weiterhin engagierte junge Leistungsträger, die sich leidenschaftlich für unsere freiheitlich-soziale Wirtschaftsordnung einsetzen. Sie muss als Zukunftsmodell Deutschlands und Europas gestärkt werden!“

Über gänzlich andere Sphären wussten Dr. Frank Zimmermann von der cesah GmbH Centrum für Satellitennavigation Hessen und Jürgen Harrer, Leiter der Unternehmenskommunikation der Fraport AG, zu berichten. Während Zimmermann in seiner Dinerspeech erläuterte, wie die Raumfahrttechnik durch die gezielte Förderung von Start-ups irdische Anwendung finden kann, ging Harrer im Abschlussvortrag der Tagung auf die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven des Frankfurter Flughafens ein.

Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen 2013 Industrieland Nordrhein-Westfalen – Schrittmacher für Deutschland und Europa

Der diesjährige Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen stand ganz im Zeichen des Jubiläums: Neben dem Rückblick auf „50 Jahre Wirtschaftsrat“ von Generalsekretär Wolfgang Steiger gelang es dem Landesverband unter dem Motto „Industrieland Nordrhein-Westfalen – Schrittmacher für Deutschland und Europa!“ auch einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Am 9. Dezember 1963 wurde der Wirtschaftsrat in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn gegründet. Ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, die Überzeugung, dass sich Unternehmer aktiv an der Mitgestaltung des Gemeinwohls beteiligen müssen, und die Motivation, wirtschaftliche Vernunft in der Politik stärker zur Geltung zu bringen, wurde dem Wirtschaftsrat in die Wiege gelegt. Paul Bauwens-Adenauer, Mitglied des Präsidiums und Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen des Wirtschaftsrates, sagte in seiner Begrüßung: „In diesem Geist arbeitet der Wirtschaftsrat bis heute“.

Nordrhein-Westfalen müsse sich als der moderne Unternehmensstandort präsentieren, der er sei, forderte Bauwens-Adenauer an die Landesregierung gerichtet. Es gelte deutlich zu machen, dass man hier innovative Produkte und Dienstleistungen herstelle und über einen starken Handelsstandort und qualifizierte Fachkräfte verfüge. Dafür seien Investitionen Voraussetzung und sie müssten erwünscht sein.

Auf dem gleichnamigen Podium diskutierten Landesvorsitzender Paul Bauwens-Adenauer, Geschäftsführender Gesellschafter Bauwens GmbH & Co. KG; Werner Borgers, CEO Borgers AG; Garrfelt Duin, Minister für Wirtschaft,

Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk Nordrhein-Westfalen; Dr. Werner Kook, Vorstand der Niederrheinischen Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft NIAG sowie Mitglied der Geschäftsleitung der Rhenus-Gruppe; Armin Laschet MdL, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie Präsident des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsförderung, sagte in seinem Vortrag, dass moderne Industriepolitik vor allem Innovationspolitik sei. Dabei ginge es nicht darum zu entscheiden was gefördert werden solle, sondern nach welchen Prinzipien. Bei der Suche nach Innovation handele es sich um einen Entdeckungsprozess in einer unsicheren Welt, der auch Rückschläge bedeute.



des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Dr. Jürgen Schröder, Direktor, McKinsey&Company, Inc. unter der Moderation von Dr. Martin Kessler, Leitender Redakteur Politik Rheinische Post, die aktuellen Rahmenbedingungen sowie Chancen und Herausforderungen für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

„Längst hätten die Bayern Nordrhein-Westfalen überholt“, sagte Dr. Jürgen Schröder, Direktor McKinsey&Company Inc. Aber es sei für das einwohnerstärkste Bundesland wie in der Bundesliga auch durchaus möglich wie im Fußball wieder Anschluss zu finden. Die McKinsey-Studie „NRW 2020 – Unser Land. Unsere Zukunft“ zeige, dass NRW wachsen und Arbeitsplätze schaffen könne. Vier Wachstumsfelder habe man identifiziert, die zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen bis 2020 führen könnten: Die Kreislaufwirtschaft, urbane Mobilität, den Handel und die Pflege.

Dr. Werner Kook, Vorstand der Niederrheinischen Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft NIAG, Mitglied der Geschäftsleitung Rhenus-Gruppe betonte, dass er als Familienunternehmer hoffen würde, langfristig in NRW die Rahmenbedingungen vorzufinden, um sich immer wieder für den Standort zu entscheiden.



Werner Borgers, CEO, Borgers AG, sagte, was sich in Berlin zusammenbraue, sei als der Verlust des Koordinatensy-

stems der Sozialen Marktwirtschaft zu bezeichnen.

Der wichtigste Grund für eine Große Koalition sei die Energiepolitik. Es gelte einen Konsens über die 16 Bundesländer hinweg zu erreichen und das EEG zu reformieren, um die Energiekosten zu stabilisieren, sagte Armin Laschet MdL, Vorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, betonte, es gelte eine moderne Wirtschaftspolitik zu machen, die nicht auf die Subventionierung einzelner setze, sondern Innovationen auslöse.

„Aus gutem Grund erlebt die genossenschaftliche Finanzgruppe eine Renaissance“, erklärte Karl-Heinz Moll, Mitglied des Vorstandes WGZ BANK. Die Volks- und Raiffeisenbanken zählten nachweislich nicht zu den Verursachern

der Finanzkrise und sie brauchten auch keine Unterstützung des Steuerzahlers. Die pauschale Bankenkritik weise er deshalb entschieden zurück.

Auf der Abendveranstaltung beleuchtete Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V. und Mitglied des Präsidiums des Wirtschaftsrates, die



Rolle Deutschlands unter dem Aspekt „Deutschland und der Euro – Perspektiven der europäischen Wirtschaftspolitik“: Finanzpolitisch haben die Staats-

und Regierungschefs, die Finanzminister, die Akteure und Institutionen in Europa wahrscheinlich alles richtig gemacht.“ Diese Entscheidungen seien getroffen worden in einer Dehnung der Verträge bis an die Grenzen dessen, was sie hergäben– insbesondere mit der Finanzierung öffentlicher Haushalte über die Europäische Zentralbank. Diese Finanzpolitik gewähre den überschuldeten Staaten Zeit, die Probleme seien bisher jedoch nicht gelöst worden.

„Mit Entsetzen beobachtet der Wirtschaftsrat, welche marktfeindliche Forderungen die SPD stellt: Gerade in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik schickt sie sich an, die Axt an den Wirtschaftsstandort Deutschland zu legen“, erklärte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. Die Ein-

führung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sei der Todesstoß für flexible Beschäftigungsformen.

Veranstaltungskalender

09. Dezember 2013

Fulda, Sektion Fulda, mit dem Sektionssprecher Thomas Baeuerle: „Unternehmerfrühstück“

09. Dezember 2013

Esslingen, Sektion Esslingen/Göppingen, Dr. Helmut Cordes, Schriftsteller & Eigenverleger, Aichwald: „Epigramme, Gereimtes und sonstig Gemeintes – Jahresausklang der Sektionen Esslingen/Göppingen und Nürtingen/Kirchheim/Filder“

09. Dezember 2013

Bonn, Junger Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen, Gastredner: Florian Jerg Weber, Landesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen: „Weihnachtsessen“

10. Dezember 2013

Magdeburg, Landesverband Sachsen-Anhalt, „Landesvorstandssitzung“

10. Dezember 2013

Magdeburg, Landesverband Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn, Finanzminister und stellv. Ministerpräsident, Sachsen-Anhalt, Kristian Tolke, Landesvorsitzender, Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalt und Geschäftsführender Gesellschafter, Centiveo GmbH, Magdeburg: „13. Traditioneller Kaminabend ‚Die finanzpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre‘“

10. Dezember 2013

Bremerhaven, Sektion Bremerhaven, Dr. Simone Eick, Direktorin des Deutschen Auswandererhauses: „Jahresabschlussveranstaltung“

10. Dezember 2013

Affalterbach, Sektion Rems-Murr, Thomas Langer, AMG Sales Coach, Mercedes-AMG GmbH, Affalterbach: „AMG – Driving Performance: Die Mercedes-AMG GmbH Affalterbach stellt sich vor“

10. Dezember 2013

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, mit dem Arbeitskreissprecher Gerd Robanus: „Sitzung AK ‚Soziale Marktwirtschaft – Mehr Privat für einen starken Staat‘“

10. Dezember 2013

Greiz, Sektionen Gera und Saale-Orla-Greiz: „Wahlversammlung der Sektion Ostthüringen – Nachwahl Vorstandsmitglied/er und Nachwahl Bundes-, Landes- und Ersatzdelegierter“

10. Dezember 2013

Greiz, Sektionen Gera und Saale-Orla-Greiz: „Veranstaltung im Rahmen der Kampagne ‚Bildung und Innovation‘ und Jahresabschlussveranstaltung der Sektion Ostthüringen“

10. Dezember 2013

Rendsburg, Sektion Rendsburg/Ekernförde, Pierre Gilgenast, Bürgermeister der Stadt Rendsburg: „Zielsetzungen für die interkommunale Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Rendsburg“

10. Dezember 2013

Stuttgart, Junger Wirtschaftsrat Baden-Württemberg, „Französischer Abend in der Weinstube Le Medoc (Hotel Le Meridien) mit ‚Weihnachtsgans-Essen‘“ – im Vorfeld: Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Landesvorstands des Jungen Wirtschaftsrats Baden-Württemberg.

11. Dezember 2013

Die geplante Veranstaltung im Admiralspalast Berlin am 11.12.2013 muss leider aufgrund einer unvorhergesehenen Spielplanänderung Seitens des Ensembles Momix Botanica entfallen.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und hoffen Sie im kommenden Jahr wieder auf spannende Veranstaltungen der Landesfachkommission Kultur und Kreativwirtschaft einladen zu dürfen.

11. Dezember 2013

Heimersheim, Sektion Mittelrhein, „Jahresabschlussveranstaltung und Weinprobe“

11. Dezember 2013

Metzingen, Sektion Reutlingen/Tübingen, Michael Donth MdB: „1. Unternehmerfrühstück“

12. Dezember 2013

Erfurt, Sektion Erfurt, „Frühstücksgespräch der Sektion Erfurt mit dem Bereichsleiter Prävention im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, Ministerialrat Thomas Schulz, zum Thema ‚Wirtschaftsspionage‘“

12. Dezember 2013

Langenburg, Sektion Hohenlohe/Schwäbisch Hall, Pfarrer Willi Mönnigheim, Mundartprediger: „Kuhessen in der Mosesmühle“

12. Dezember 2013

Wiesbaden, Sektion Wiesbaden, mit dem Sektionssprecher Martin Weiss: „Politisches Gänseessen“

14. Dezember 2013

Ohorn, Sektion Dresden, „Jahresabschlussfeier“

14. Dezember 2013

Hamburg, Sektion Hamburg, „Weihnachtsfeier des Jungen Wirtschaftsrats“

16. Dezember 2013

Stuttgart, Sektion Stuttgart, „Adventlich-gemütlicher Hüttenabend“

16. Dezember 2013

Hannover, Sektion Oldenburger Münsterland, mit Franz-Josef Holzenkamp MdB: „Landesfachkommission Agrar- und Ernährungswirtschaft“

19. Dezember 2013

Frankfurt/Main, Junger Wirtschaftsrat Hessen, mit dem Landesvorsitzenden des Jungen Wirtschaftsrates Thomas Lang: „Jour Fixe“

19. Dezember 2013

Köln, Junger Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen, Gastredner: Florian Jerg Weber, Landesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen: „Round Table“

02. Januar 2014

Köln, Junger Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen, Gastredner: Florian Jerg Weber, Landesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen: „Round Table“

08. Januar 2014

Bremen, Landesverband Bremen, Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments: „Neujahrsempfang“

09. Januar 2014

Fellbach, Landesverband Baden-Württemberg, Dr. rer. pol. Manfred

Bischoff, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Daimler AG, München: „Neujahrsempfang“

10. Januar 2014

Wetzlar, Sektion Wetzlar-Dillenburg, mit dem Sektionssprecher Dr. Heinrich-Hermann Schulte: „Unternehmerfrühstück der Sektion Wetzlar“

13. Januar 2014

Hanau, Sektion Main-Kinzig, mit Gerd Robanus, Sprecher der Sektion Main-Kinzig: „10. Wirtschaftstammtisch“

15. Januar 2014

Jena, Sektion Jena, Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag: „Traditioneller Kaminabend der Sektion Jena, im Haus Kolakovic“

16. Januar 2014

Frankfurt/Main, Sektion Frankfurt/Main, u.a. mit Dr. Hans Lethaus: „Sitzung LFK Mittelstand und LFK Finanzen mit Vortrag“

16. Januar 2014

Erfurt, Sektion Erfurt, Prof. Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter, ifo Institut, NL Dresden: „Frühstücksgespräch der Sektion Erfurt zum Thema ‚Erfolgsstrategien für die weitere Entwicklung Mitteldeutschlands‘“

16. Januar 2014

Wiesbaden, Sektion Wiesbaden, mit dem Sektionssprecher Martin Weiss: „Wirtschaftsgespräch der Sektion Wiesbaden“

16. Januar 2014

Düsseldorf, Junger Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen, Gastredner: Florian Jerg Weber, Landesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen: „Round Table“

17. Januar 2014

Offenburg, Sektion Ortenau, „Gemeinsamer Jahresauftakt der Sektionen Ortenau, Baden-Baden/Rastatt, Karlsruhe/Bruchsal“

19. Januar 2014

Hamburg, Sektion Hamburg, „Neujahrsempfang des Landesverbands Hamburg“

20. Januar 2014

Düsseldorf, Landesverband Nordrhein-Westfalen: Neujahrsempfang

21. Januar 2014

Frankfurt/Main, Sektion Frankfurt/Main, u.a. mit dem Landesgeschäftsführer RA Marius Schwabe: „Frankfurter Neumitglieder Jour Fixe“

22. Januar 2014

Hamburg, Sektion Hamburg, „Beirat des Jungen Wirtschaftsrats: ‘Hamburger Dialog‘“

22. Januar 2014

Berlin, Landesverband Berlin/Brandenburg, Paolo Compagna, Vorsitzender des Vorstands und CEO

IMPRESSUM

Herausgeber:

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 2 40 87-0
Telefax: (0 30) 2 40 87-205

www.wirtschaftsrat.de
intern@wirtschaftsrat.de

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger
Dr. Rainer Gerding

Redaktion:

Dr. Dirk Freigang
Dr. Holger Fricke
Nicole Gottschalck
Annika Herzner
Katja Sandscheper
Michael Schweizer
Anna Wanderwitz

Fotos:

Felix Kindermann
Christian Kruppa
fotolia.com @ Marcito
Jens Schicke
Sepp Spiegl
Wirtschaftsrat

Schindler Deutschland AG & Co. KG: „Hauptstadtfrühstück mit Paolo Compagna“

22. Januar 2014

Hausen, Sektion Rottweil/Tuttlingen, Paul Nemeth MdL: „Mit Windkraft und Co.: Wie kann die Energiewende gelingen?“

23. Januar 2014

Karlsruhe, Sektion Karlsruhe/Bruchsal, Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe: „Wirtschaftspolitische Entwicklung der Stadt Karlsruhe“

23. Januar 2014

Pforzheim, Sektion Pforzheim, Prof. Dr. Lutz Fügener, Hochschule Pforzheim: „Transportation Design“

23. Januar 2014

Mainz, Sektion Mainz-Rheinhes- sen, Ursula Groden-Kranich MdB und Jan Metzler MdB: „100 Tage im Bundestag – Erfahrungsberichte unserer Bundestagsabgeordneten“

23. Januar 2014

Koblenz, Landesverband Rheinland-Pfalz, Landesfachkommission Wirtschaftsregion Nördliches Rheinland-Pfalz: „Demografische Entwicklung in der Wirtschaftsregion, Nördliches Rheinland-Pfalz mit einem Vertreter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz“

24. Januar 2014

Hamburg, Sektion Hamburg, Senator Frank Horch, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Mittagsveranstaltung“

27. Januar 2014

Darmstadt, Sektion Darmstadt, „Vortragsveranstaltung“

28. Januar 2014

Baden-Baden, Sektion Baden-Baden/Rastatt, Prof. Dr. Lars P. Feld, Leiter des Walter Eucken Instituts und Professor für Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg: „Volks- wirtschaftlicher Ausblick 2014“

28. Januar 2014

Hamburg, Sektion Hamburg, Volker Wagner, Leiter Group Business Security, Deutsche Telekom AG: „Abendveranstaltung“

28. Januar 2014

Frankfurt, Landesverband Hessen, mit Prof. Hans-Helmut Schetter, Vizepräsident Wirtschaftsrat Deutschland und Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates Hessen: „Landesvorstandssitzung“

28. Januar 2014

Speyer, Sektion Pfalz, Gemeinschaftsveranstaltung mit der Sektion Rhein-Neckar, „Mehr vom Förderkuchen – Subventionsmaximierung für EU-Unternehmen“ mit Dr.-Ing. h.c. Heribert Wieden- hues, Aufsichtsratsvorsitzender PM International AG

28. Januar 2014

Frankfurt, Landesverband Hessen, mit Prof. Hans Helmut Schetter, Vizepräsident Wirtschaftsrat Deutschland und Landesvorsitzender Hessen: „Get-Together von Landesvorstand und Jungen Wirtschaftsrat“

28. Januar 2014

Speyer, Sektionen Rhein-Neckar und Pfalz, Dr. Ing. h.c. Heribert J. Wieden- hues, Aufsichtsratsvorsitzender der PM-International AG Speyer, Rolf Sorg, Vorstand der PM-International AG Speyer: „Mehr vom Förderkuchen – Subventionsmaximierung für EU-Unternehmen“

29. Januar 2014

Hamburg, Sektion Hamburg, Dietrich Wersich MdHB, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Senator a.D.: „Kamingespräch des Jungen Wirtschaftsrats“

31. Januar 2014

Lörrach, Sektion Lörrach-Müllheim, Dr. Franz J. Ruder-Under- berg: „Jahresauftaktveranstaltung der Sektion Lörrach/Müllheim – Get-Together beim Mitglieder- lunch“